



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 18.12.2023

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 25.04.2023, 17:07 Uhr bis 18:46 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE	
Frau Christine Seiger	Bündnis 90/Die Grünen	Abwesend ab 18:10 Uhr
Herr Artur Tybussek	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	Vertreter für Yohannes
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Viola Recktenwald	SPD	
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE	
Frau Bettina Houben	FDP	
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag der Fraktion Volt	

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Janja Mihaljevic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag von Grüne
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Christian Robyns	SPD

Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis Anwesend ab 17:21 Uhr
Frau Sophie Sängler	Auf Vorschlag von TXKöln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Herr Dr. Johannes Nießen	Gesundheitsamt Köln
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	
Frau Dr. Sabine Eichberg	
Herr Reinhard Flume	
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	
Frau Anke Ludwig	
Herr Dr. Christian Miller	
Frau Carina Nowka	
Herr Jan-Dirk Sommerkamp	

Schriftführerin

Frau Sabine Niemeyer

Gäste

Klaus Dick
Prof. Axel Gossmann
Frau Sylvia Langer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alexander Yohannes	CDU	Vertreter: Marx, Werner
-------------------------	-----	-------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag der SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke

Auf Vorschlag von anyway e.V.

Herr Luziano Gonzalez Tejon

Einzelbewerber

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Genehmigungsverfahren für die Rettungshubschrauberstation am Flughafen AN/0438/2023

3.1.1 "Genehmigungsverfahren für die Rettungshubschrauberstation am Flughafen", Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Volt-Fraktion (AN/0438/2023)
1105/2023

3.2 Offene Fragen zum Zukunftskonzept der Städtischen Kliniken AN/0590/2023

3.2.1 "Offene Fragen zum Zukunftskonzept der Städtischen Kliniken"
1302/2023

3.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Stillfreundliche Kommune" AN/0222/2023
0627/2023

3.4 Steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst AN/0638/2023

3.4.1 "Steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst", Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) (AN/0638/2023)
1358/2023

3.5 Köln als Modellregion für die Abgabe von Cannabis an Erwachsene AN/0672/2023

3.5.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion "Köln als Modellregion für die Abgabe von Cannabis an Erwachsene" AN/0672/2023
1350/2023

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Zuschuss Umzugskosten Kölner Geburtshaus e.V.
AN/0625/2023

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell
0551/2023

- 5.1.1 Änderungsantrag zu TOP „Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell“
AN/0653/2023

- 5.2 Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof
0637/2023

6 Mitteilungen

- 6.1 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
0690/2023

- 6.2 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung Stärkungspakt NRW
1151/2023

- 6.3 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022
0948/2023

- 6.4 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts
1111/2023

- 6.5 Stand der Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums im Gesundheitsamt
1343/2023

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, dass TOP 5.1 vorgezogen und zwischen den TOPs 2 und 3 behandelt wird. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass zu diesem TOP nichts vorliegt.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass zu diesem TOP nichts vorliegt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Genehmigungsverfahren für die Rettungshubschrauberstation am Flughafen AN/0438/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 1105/2023 erledigt.

3.1.1 "Genehmigungsverfahren für die Rettungshubschrauberstation am Flughafen", Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Volt-Fraktion (AN/0438/2023) 1105/2023

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erläutert, der Baustopp 2015 hätte dazu geführt, dass Fassadenteile und weitere Bauteile nicht eingebaut wurden. Das Tor sei nicht eingebaut, es gäbe nur eine Folie, somit sei es fast ungehindert möglich, dass Tiere eindringen. Es solle ein Bauzustand hergestellt werden, der es überhaupt erst erlaube, eine Nachnutzung baulich zu ermöglichen. Es seien vielfältigste Fragen zu klären bevor man überhaupt in die Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie eintreten könnte. Er möchte anmerken, wenn die Planungen soweit fortgeschritten seien, dass eine Nachnutzung in greifbarer Nähe sei, dann würde das Gebäude in einem noch schlechteren Zustand wie heute seien.

Aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen ist der Fertigbau der Hubschrauberbetriebsstation zwingend an die Tatsache gekoppelt, dass ein Nachnutzungskonzept auf den Weg gebracht sein muss, sonst hätte man an der Stelle „Bauchschmerzen.“

Zur Kenntnis genommen.

3.2 Offene Fragen zum Zukunftskonzept der Städtischen Kliniken AN/0590/2023

Durch Beantwortung unter Vorlage 1302/2023 erledigt.

**3.2.1 "Offene Fragen zum Zukunftskonzept der Städtischen Kliniken"
1302/2023**

Aufgrund der Kurzfristigkeit der Antwort wird diese in der nächsten Sitzung nochmal aufgerufen.

Zur Kenntnis genommen mit erneuter Wiedervorlage.

**3.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Stillfreundliche Kommune" AN/0222/2023
0627/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**3.4 Steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst
AN/0638/2023**

Durch Beantwortung unter Vorlage 1358/2023 erledigt.

**3.4.1 "Steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst", Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) (AN/0638/2023)
1358/2023**

SE Herr Gaida schlussfolgert, in Köln würde es insgesamt zu wenig Krankenwagen, die diese Fahrten durchführen könnten, geben. Er fragt, ob bekannt wäre, dass Wartezeiten von 3 bis 4 Stunden auf einen Krankenwagen an der Tagesordnung seien, was wiederum darauf rückschließen lässt, dass es zu wenig Krankentransportkonzessionen gibt.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, die Auslastung des Krankentransports sei unterschiedlich. Seit vielen Jahren gibt es Klagen darüber, dass die Notfallrettung Krankentransporte durchführt. Dies sei immer an Tagen mit Hochbelastung der Fall und es seien immer Patienten in einem schlechten Zustand gewesen. Man versuche, sich in der Notfallrettung auf die wirklich dringlichen Sachen zu konzentrieren. Die beiden Modelle gewerblicher Krankentransport und öffentliche Notfallrettung „sollten ein vernünftiges Miteinander“ haben. Man habe Personalschwierigkeiten in allen Bereichen und müsse in Drucksituationen zusammenarbeiten.

Zur Kenntnis genommen.

**3.5 Köln als Modellregion für die Abgabe von Cannabis an Erwachsene
AN/0672/2023**

Durch Beantwortung unter Vorlage 1350/2023 erledigt.

**3.5.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion "Köln als Modellregion für die Abgabe von Cannabis an Erwachsene" AN/0672/2023
1350/2023**

RM Frau Recktenwald würde sich freuen, wenn man nochmal von der Verwaltung hören würde, sobald der entsprechende Gesetzestext vorliegt.

Zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Zuschuss Umzugskosten Kölner Geburtshaus e.V. AN/0625/2023

RM Frau Böll begründet den Antrag damit, dass das Geburtshaus hervorragende Arbeit leisten würde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Kölner Geburtshaus e.V. einen einmaligen Zuschuss für Umzugskosten in Höhe von 10.000 Euro zu gewähren. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2023/2024, Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -, Produktgruppe 0111 - Sonstige Innere Verwaltung hinterlegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell 0551/2023

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und befürwortet die geplanten Investitionen in Höhe von 590 Mio. € zur Modernisierung und zum Ausbau des Standorts Merheim zu einem modernen Gesundheitscampus und als alleinigem Standort der Kliniken Köln, um die Gesundheitsversorgung in Köln und der Region sowie das Unternehmen Kliniken Köln zukunftsfähig aufzustellen.

Die bisher an den Standorten Merheim, Holweide und Riehl angebotenen Leistungen der Kliniken der Stadt Köln gGmbH werden – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) – mittel- bis langfristig am Standort Merheim zentralisiert.

2. Der Rat ermächtigt die Gesellschaftervertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken Köln, die Geschäftsführung mit der Umsetzung dieses Zukunftsmodells unter folgenden Maßgaben zu beauftragen:
 - a) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, für die Umsetzung des Vorhabens in größtmöglichem Umfang Förder- und sonstige Drittmittel einzuwerben.
 - b) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, in einem jährlichen Sanierungsbericht über den Fortschritt der Sanierung der Kliniken Köln anhand eines Soll/Ist-Vergleichs zu berichten. Der Sanierungsbericht soll dem Wirtschaftsplan für das darauffolgende Jahr beigefügt werden und etwaige Nachsteuerungsbedarfe beinhalten. Der Sanierungsbericht ist dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.
 - c) Die Geschäftsführung wird gebeten, Räumlichkeiten für eine ergänzende kinderärztliche Versorgung im Linksrheinischen zu prüfen und in Abstimmung mit der Verwaltung

ein Konzept zu erstellen, das die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Personalwohnungen im Rechtsrheinischen umfasst.

3. Ferner beauftragt der Rat die Verwaltung, die notwendigen haushaltstechnischen Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsmodells der Kliniken Köln im Doppelhaushalt 2023/2024 und in der Planung für die Haushaltsjahre 2025ff. in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

**5.1.1 Änderungsantrag zu TOP „Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell“
AN/0653/2023**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hat die folgenden Fragen:

- Ob Herr Prof. Gossmann aus rein medizinischer Sicht die Notwendigkeit sieht, in Holweide ein bettenführendes Krankenhaus betreiben zu müssen, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung dort zu gewährleisten?
oder
 - Ob das auch hinreichend und gut über das vorgestellte Zukunftsmodell möglich sei?

 - Wie wäre die wirtschaftliche Situation für den Fall, dass ein Krankenhaus in Holweide
 - a.) renoviert und
 - b.) betrieben wird.
- => Im Klartext, was würde das an INVEST kosten und was verursacht das an jährlichen möglichen Defiziten (soweit man das heute schon absehen kann)?
- > an die Betriebsratsvorsitzende
- Wie eigentlich die Mitarbeiter im Krankenhaus die Diskussion verfolgen?
 - Wie der Betriebsrat sich warum positioniert hat?
und
 - Was ist sozusagen die Meinung der Belegschaft dazu?

SB Frau Houben möchte wissen wie das organisatorisch geplant sei: Die Gebäude der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die sich auf dem Gelände des Krankenhauses Holweide befinden, und eine medizinische Versorgung auf dem Gelände in Holweide?

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Gossmann entgegnet, wenn er die Frage dahingehend interpretiert, ob Menschen sterben würden, dann sei die Antwort ein klares „Nein“. Es würde definitiv keine signifikante Schlechterversorgung geben, wenn das Klinikum Holweide nicht mehr eingebunden wäre.

Inwiefern es erforderlich sei, fußläufig ein Krankenhaus zu erreichen, könnte er nicht beantworten, die Frage sei in anderen Gremien zu beantworten.

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer sagt, es würde eine bestimmte Betriebsgröße, heute weit über 400 bis 500 Betten, gebraucht, um bei Krankenhäusern überhaupt in die Wirtschaftlichkeit zu kommen. Der Finanzbedarf, um Holweide einmal komplett durchzusaniieren, liegt bei weit über

60 Mio. Euro, aber dann wären Merheim und Riehl noch nicht durchsaniert. Das vorgestellte Modell habe viel viel mehr Vorteile und es habe keine Risiken. Man sehe ein Risiko, wenn man an 3 Standorten bleibe.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Gossmann bejaht auf Nachfrage von Frau Houben, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie dableiben würde, wo sie ist weil alles funktionieren würde. Das Gelände würde dann aus der Fläche rausgenommen werden, wo was Anderes gestaltet würde.

RM Frau Recktenwald erläutert den Änderungsantrag.

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer bemerkt, es wäre wichtig, dass eine Entscheidung getroffen würde. Jede weitere Verzögerung würde mehr Geld kosten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna gibt zu bedenken, wenn abgewartet würde, würde es jede Woche 2 Mio. Euro verschlagen, also grob gesagt 300.000 Euro pro Tag.

Die Vorsitzende des Betriebsrats der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Wolff sagt, man habe nun versucht, die Beschäftigten zu halten. Sie prognostiziert, wenn die Entscheidung noch weiter nach hinten rausgezogen würde, würde das nur Personal kosten.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Gossmann ergänzt, man sei gerade in 4 Chefarztbesetzungen. Es sei ein ganz eklatanter Nachteil in Verhandlungen, den man gegenüber Wettbewerbern hätte. Die Studien würden voraussagen, auch Chefärzte würden Mangelware.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau erläutert, man sei ein Fachausschuss und man nehme sich gemeinsam die Aufgabe vor, vorrangig die Fachlichkeit zu bewerten.

Momentan würden in NRW ungefähr 15 % der Patient*innen mit einem Schlaganfall in eine Klinik eingewiesen, die keine Stroke Unit habe. In die falsche Klinik zu kommen bedeute, nicht richtig behandelt zu werden. 10 % der Menschen in NRW mit einem Herzinfarkt erreichten die falsche Klinik, was ein Todesurteil sein könnte. Auch bei den geplanten Eingriffen würden beispielsweise 33 % aller Gallenblasenentfernungen (in aller Regel kein lebensbedrohliches Akutphänomen) in Kliniken passieren, die diesen Eingriff weniger als 10x im Monat durchführen. Die geforderten Qualitätsstandards seien lebenserhaltend und jeder/jede würde in solche Kliniken gehen wollen, die gut ausgestattet seien.

Im Umkehrschluss hieße das, alle Kliniken, die diese Kriterien nicht erfüllten, seien für komplexe Eingriffe als auch für geplante oder Notfalleingriffe falsch. Es komme noch hinzu, dass die ambulante Versorgung in Köln überfordert zu sein scheine. Dies führe dazu, dass immer mehr Menschen, die eigentlich ambulant behandelt werden müssten, sich stationär vorstellten, obwohl rein fachlich kein Krankenhaus erforderlich sei.

Es müsse an der ambulanten Behandlung angesetzt werden. Man rede hier über eine Verlagerung von Kliniken und sei weit weg von einer Schließung. Man habe jede Menge von Städten und Landkreisen, wo es zu Schließungen von Kliniken komme.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna denkt, dass durch das erstklassige Konzept die Qualität gesteigert würde. Man gefährde die medizinische Qualität, wenn man an 3 Standorten verbleibe. Das jetzige erstklassige medizinische Niveau könnte nur gehalten werden, wenn man an einem Standort zentralisiert. Es würden keine Standorte geschlossen, sondern nur verlagert. Die Alternativen dazu wären Insolvenz oder Privatisierung.

RM Frau Gärtner betont, man brauche bessere Räumlichkeiten. Die Budgets sollten immer mehr in Richtung Ausgleich gehen. Man solle gemeinsam zügig entscheiden.

RM Frau Röhrig stellt dar, dass alle 3 Standorte erhalten werden sollten. Man sehe die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit anderen in der Nähe liegenden Krankenhäusern, um mehr Wirtschaftlichkeit herzustellen. Eine Weiterentwicklung und Ausbau der medizinischen Versorgungszentren würden zur Stärkung der Kliniken führen. Die Personalwohnheime müssten ausgebaut werden.

SB Frau Houben bemerkt, man halte die Konzentration auf einen Standort für einen gangbaren Weg.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Gossmann bedankt sich bei der Stadt Köln, den Fraktionen und diesem Gremium für die erfahrene Wertschätzung sowie Unterstützung.

Nachfolgender Beschluss ersetzt den vorgeschlagenen Beschlusstext der Vorlage:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und stellt fest, dass dieses wertvolle Aspekte für eine zukunftsgerechte und medizinisch sinnvolle Aufstellung der Kliniken Köln enthält.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine neue detaillierte Beschlussvorlage aufbauend auf dem Zukunftsmodell der Kölner Kliniken und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Krankenhausreformen des Bundes und des Landes NRW aufzusetzen, die folgende weitere Maßgaben erfüllt:
 - a) Das städtische Krankenhaus in Merheim ist schon jetzt ein Haus der Maximalversorgung mit ausgezeichnetem Ruf. Der Standort wird ausgebaut und erweitert, um die bedarfsgerechte und bestmögliche medizinische Versorgung für Köln und die Region auch zukünftig zu garantieren. Am Standort in Holweide wird auch weiterhin eine stationäre medizinische Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses aufrechterhalten, die die örtlichen Bedarfe abdeckt. Am Standort in Riehl wird auch in Zukunft rund um die Uhr (24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche) eine pädiatrische Versorgung vorgehalten. Die Verwaltung legt in der Vorlage eine umfassende Bedarfsermittlung für die pädiatrische Versorgung für die gesamte Stadt Köln vor.
 - b) Sofern im Rahmen der finalen Konzeptionierung bisher für Krankenhauszwecke genutzte Flächen freigezogen werden, sollen diese zum einen für die unter a.) genannten medizinischen Entwicklungen sowie für Wohnnutzung mit Werkwohnungen für Klinik-Mitarbeiter*innen bzw. für durch Preisbindung erschwinglichen Wohnraum für die Kölner Bevölkerung genutzt werden.
 - c) Die Finanzierung des Vorhabens wird – wie in Beschlussvorlagen mit erheblichen Investitions- und Bauvorhaben üblich – sowohl hinsichtlich der Investitionen als auch des Betriebs detailliert dargestellt (dies kann erst nach Festlegung

der neuen Krankenhausfinanzierungsrahmen des Bundes bzw. des Landes erfolgen). Die verschiedenen Varianten werden hinsichtlich ihres Finanzierungsaufwandes differenziert dargestellt. Dabei sind zum Vergleich auch die notwendigen Investitionen in die vorhandenen Krankenhausstandorte im Falle der Beibehaltung des Status quo darzustellen

- d) Für alle erforderlichen Bauplanungen erarbeitet die Verwaltung eine belastbare und detaillierte Einschätzung des Bauplanungsrechts, der Baubeschreibung, der Auswirkungen auf den Klimaschutz, des Zeitrahmens und der Wirtschaftlichkeit.
- e) In enger Abstimmung mit der KVB AG erarbeitet die Verwaltung Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Verkehrsanbindung an das Krankenhaus Merheim.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien.

5.2 Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof 0637/2023

SE Herr Sartoris-Daubenbüchel erläutert, es handele sich um eine Einrichtung, die seit 2001 bestehe und mittlerweile sanierungsbedürftig sei. Die Ablüftungsanlage würde seit 2 oder 3 Jahren nicht mehr funktionieren, so dass dort kein inhalativer Konsum stattfinden könnte. Die Kapazitäten würden von 3 auf 6 Plätze erhöht.

RM Frau Gärtner freut sich, dass ein Weg für die Finanzierung gefunden wurde.

RM Herr Kaske möchte wissen, ob die Gelder im nächsten Jahr dann wieder für Porz zur Verfügung ständen oder würde irgendwas im Gegenzug für Porz noch weiter zurückgestellt?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen erklärt, der Drogenkonsumraum am Hbf. solle erweitert werden. 2024 würde man mit Porz weitermachen.

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beschließt, sich einmalig an den Sanierungskosten des Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof in Trägerschaft des Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V. (SKM) mit einem Zuschuss in Höhe von 208.373,80 € zu beteiligen. Die weiteren Kosten trägt der SKM.
2. Die Beteiligung an den Sanierungskosten in Höhe von 208.373,80 € fällt einmalig im Haushaltsjahr 2023 an. Die Aufwandsermächtigung für die Sanierung des Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof in Höhe von 208.373,80 € im Haushaltsjahr 2023 steht im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zur Verfügung. Die Mittel wurden eingeplant für das Drogenhilfeangebot Porz welches entgegen der Planung 2023 noch nicht in Betrieb geht

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln 0690/2023

RM Frau Böll stellt fest, es betreffe die Gesundheit nicht direkt, aber in vielen Projekten doch indirekt. Man könne sagen, es sei „keine sehr rühmliche Sache für Köln“ gewesen. Es würde ein Fördermittel Monitoring aufgesetzt zur Verbesserung der Lage.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung Stärkungspakt NRW 1151/2023

SE Herr Heinlein möchte wissen, was aus dem Bereich Gesundheit die Verwaltung an Anträgen oder Initiativen erwarte. Ob die Verwaltung schon Ideen habe, dass nicht alles in den Bereich „Soziales“ fließt?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau führt aus, man warte ab, was für Anträge gestellt würden und steuere das momentan nicht genauer. Man habe ein relativ breit gefasstes, auf existentielle Not ausgerichtetes Förderprogramm aufgelegt. Im nächsten Gesundheitsausschuss habe man nähere Erkenntnisse und würde wissen, ob man noch irgendwie steuernd eingreifen müsse.

Zur Kenntnis genommen.

6.3 Bevölkerungsentwicklung in Köln 2022 0948/2023

RM Herr Kaske wundert sich über die steigenden Zahlen. Wenn man sich im Bekanntenkreis umhöre, würden gerade junge Familien rausgehen in die Peripherie bzw. in andere Städte. Dort sei es sehr viel preiswerter und man würde noch was bekommen, wenn man was erwerben möchte.

Wie passe das zusammen, dass man auf der einen Seite steigende Zahlen habe und was sei da alles mit inbegriffen? Erstwohnsitz, Zweitwohnsitz, Bevölkerungsgruppen?

Die Frage muss schriftlich beantwortet werden.

Zur Kenntnis genommen.

6.4 Projektfortschritt NEUmarkt – Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts 1111/2023

Zur Kenntnis genommen.

6.5 Stand der Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums im Gesundheitsamt 1343/2023

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen, der „bottleneck“ sei das Personal.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen skizziert die Situation im Fachbereich: Man arbeite intensiv an der Stellenbesetzung, man führe fast täglich Vorstellungsgespräche. Für die Sozialarbeit habe man allein 30 externe Bewerber*innen. Bei Krankenpfleger*innen, Krankenschwestern hätte man nicht so viele Bewerber. Der eingeschaltete Personaldienstleister habe die Anforderungen teilerfüllt und es wäre ein juristisches Problem, ob dieser überhaupt genommen werden könnte. Man sei bemüht, das Votum umzusetzen und die Öffnungszeiten auszuweiten.

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen

SE Frau Sängler sagt, man habe heute der Presse entnehmen können, dass die Stadt Köln das Krankenhaus Porz mit 9 Mio. Euro kurz vor der Insolvenz gerettet habe. Dies würde bedeuten, dass die Stadt Köln dadurch massiven Einfluss auf das Krankenhaus haben würde. Sie möchte wissen, ob es schon Ideen oder Vorstellungen gibt wie dieser Einfluss aussehen könnte? Könnte es eventuell sein, dass das Krankenhaus in diese Umstrukturierung mit einfließen wird?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau antwortet, man habe der Presse auch mitgeteilt, dass man sehr schnell auf eine sich ganz kurzfristig entwickelnde Erkenntnislage reagiert habe. Das Dringendste, das Darlehen, sei geregelt worden. Es sei momentan noch unklar, ob die Stadt überhaupt Einflussmöglichkeiten haben wolle.

Man habe aber zur Bedingung gemacht, dass eine government compliance aufgesetzt werden müsse. Damit könnten die fachlichen und wirtschaftlichen Prozesse gut gesteuert werden. In den Pressemitteilungen wurde geschrieben, dass man sich sowas wie ein Vorkaufsrecht vorbehalten wollte.

Der Rat entsende Mitglieder in das Kuratorium. Ein Einfluss der Stadt auf das Krankenhaus bestehe bereits jetzt, aber für wesentliche Dinge (3/4 Mehrheiten) könne die Stadt sich nicht alleine durchsetzen.

SE Frau Teitz fragt nach den Ergebnissen oder einer Zusammenfassung des Fachgesprächs aus November 2022 zum Thema Cannabis. Die Anfrage wurde auch schriftlich eingereicht.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen fasst zusammen, das Fachgespräch Cannabis sei in Planung; es hänge nun von den neuerlichen Informationen der Bundesregierung ab wie es weitergeht. Man habe die Vertreter von FOGS, des Institutes, was die Suchthilfekonzeption in Köln begleitet habe, hier gehabt und es sei ein weiteres Gespräch für Herbst geplant.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen sobald eine neue Gesetzeslage vorliegt würde man sich sehr zeitnah damit beschäftigen.

Gez.

Dr. Ralf Unna, Vorsitzender
rerin

Gez.

Sabine Niemeyer, Schriftführerin